

Recht und mehr

Blick über Grenzen: Berlin und Dresden gehen neue Wege in der Juristenausbildung

Jeder solle über den eigenen Tellerrand schauen, heißt es. Insbesondere jeder Wissenschaftler. Die Juristen sehen sich gern als Generalisten, die jede Position bekleiden können. Die Praxis zeigt, dass das nicht falsch ist. Oder war. Die Juristenherrschaft in der Wirtschaft bröckelt. Der Blick über das eigene Fach und über die nationalen Grenzen hinaus kommt – trotz mancher Reform – oft noch zu kurz. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter und einstige Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Dieter Grimm, erinnerte kürzlich daran, dass etwa Rechtsvergleichung an den Universitäten allenfalls ein „Hobby“ sei. Dabei sei gerade der rechtsvergleichende Jurist einer mit weiterem Horizont. Das hätten die bedeutenden amerikanischen Universitäten erkannt. Doch auch hiesigen Fakultäten fehlt es nicht an Ideen.

So soll an der Humboldt-Universität zu Berlin nicht weniger als ein europäischer Juristenstand ausgebildet werden. Nun gehört zumindest die Kenntnis der Grundzüge des Europarechts seit langem zum Pflichtprogramm des deutschen Juristen, der sicherlich schon jetzt europäischer ausgebildet ist als viele seiner Kollegen aus den Nachbarländern. Doch dem „European Law School Network“ geht es um mehr. Mit den Universitäten von London (King's College) und Paris 2 (Panthéon-Assas) wird eine integrierte europäische Juristenausbildung angeboten. Jurastudenten zunächst aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich sollen zu „eu-

ropafähigen“ Juristen“ mit sehr guten Kenntnissen im europäischen Recht ausgebildet und mit den drei „familienbildenden“ europäischen Rechtsordnungen sowie den ihnen zugrundeliegenden Fachsprachen vertraut gemacht werden. Dadurch sollen sie, so die Eigenwerbung, auch in den fremden Rechtsordnungen „die Fähigkeit zum intelligenten Navigieren und zur schnellen, strukturierten Einarbeitung“ erwerben. Die Absolventen

Aus der Wissenschaft

werden, so stellt man es sich vor, später einmal in internationalen Anwaltskanzleien, Unternehmen oder Organisationen tätig werden oder in Verwaltung, „hoher“ Rechtsprechung und Regierung.

Zehn Studenten pro Universität und Jahr absolvieren das Programm zurzeit. In Deutschland gab es die fünffache Zahl an Bewerbern. Wenn sich weiterhin genügend Sponsoren finden wird die Zahl aufgestockt. Die deutschen Studenten haben gerade ihre Ausbildung in Frankreich angetreten. Innerhalb von zehn Semestern sollen die Absolventen drei anerkannte berufsqualifizierende Abschlüsse haben. Kürzlich trafen sich 24 Studenten aus den drei Ländern zu einer „Summer School“ in der Nähe von Berlin, bei der nicht nur Arbeiten zu Max Weber auf dem Programm standen. Es wurden auch Verhandeln und Mediation geübt, und zwar anhand der „Minna von Barnhelm“ und des

„Zerbrochenen Krugs“ – und das immerhin teilweise mehrsprachig. Im Jahr 2010, wenn die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität, deren Gründungsdekan Friedrich Carl von Savigny war, ihr zweihundertjähriges Bestehen feiert, wird der erste Jahrgang der European Law School graduieren. Der Berliner Zivilrechtler Stefan Grundmann, der das Projekt aus der Taufe gehoben hat, will es aber nicht als Loslösung von den nationalen Wurzeln verstanden wissen. Es gehe um das „Zusammenspiel von Einheit und Vielfalt“.

Auch an der Juristischen Fakultät der Technischen Universität Dresden blickt man über den Tellerrand, seit der Gründung 1991, aber auch, seit die erfolgreiche Fakultät als Folge des „Hochschulkonsenses“ kein (Staats-)Examen mehr anbieten darf. Doch die Krise hat man als Chance begriffen. „Wir haben aus der Not eine Tugend gemacht“, sagt Horst-Peter Götting, Dekan der Fakultät. Oberstes Ziel ist es auch in Dresden, nicht nur das positive Recht zu vermitteln, sondern mehr noch als üblich interkulturelle Erfahrungen, Rhetorik und Mediation. „Law in Context“ heißt das Projekt. Ziel der Ausbildung ist es, eine wissenschaftlich hochwertige und gleichzeitig praxisorientierte Ausbildung zu bieten. Die Fakultät will vor allem Studenten gewinnen, die innerhalb von sechs Semestern einen „berufsqualifizierenden Hochschulabschluss“ erlangen wollen, der ihnen einen „frühen Zugang“ zur Arbeitswelt bietet. Gedacht ist an Journalismus, Wirt-

schaft, Politik, Umweltorganisationen, Verbände und Verbraucherzentralen.

Die Ausbildung sei kein Ersatz für das Staatsexamen, sondern ein „Produkt eigener Art“. Freilich sollen die Studenten, wenn sie nach den sechs Semestern „Law in Context“ noch ein Jahr drauflegen, reif für die Erste Juristische Prüfung sein. Die können sie in Dresden zwar nicht mehr ablegen. Doch gibt es in der Fakultät die leise Hoffnung, dass die Politik sich ihr wieder mehr zuwendet.

Die ältesten Studenten sind jetzt im dritten Semester, zuletzt wurden 485 aufgenommen; es gab deutlich mehr Bewerber. Demnächst wird man wohl nicht ohne Numerus clausus auskommen. Begleitet wird der Bachelor-Studiengang durch vier seit Jahren etablierte Master-Studiengänge. Sie bieten eine Spezialisierung im Europarecht, im Recht des geistigen Eigentums sowie im Wirtschaftsrecht. Hinzu kommt ein einjähriger Aufbaustudiengang, der sich speziell an im Ausland Graduierte richtet, die deutsches Recht lernen möchten. Es ist auch möglich, weiterführende Master-Studiengänge in Fachbereichen wie Beispiel Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften oder Internationalen Beziehungen zu besuchen.

Der heftig umkämpfte Bologna-Prozess und allgemeine Verknappung haben so zu neuem Nachdenken und Innovationen geführt. Der Blick über die Grenzen des eigenen Fachs wird gewinnbringend sein, wenn man selbst auf festem Grund steht.

REINHARD MÜLLER